

20260617_1100_Antrag_Digitale_Schautafel_Favoritenstraße

Digitale Schautafel für Gewaltschutz- und Hilfsangebote auf der Favoritenstraße (Höhe Quellenstraße bzw. Reumannplatz)

Die NEOS-Bezirksräte Philip Weinberger und Lukas Döpel stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 17. Juni 2026 gemäß § 24 Abs.1 GO-BV folgenden

Antrag

Die zuständigen Magistratsabteilungen der Stadt Wien werden ersucht, die Errichtung einer digitalen Schautafel auf der Favoritenstraße (Höhe Quellenstraße bzw. Reumannplatz) zu prüfen und umzusetzen, auf der Informationen und Kontaktdaten zu Gewaltschutz- und Hilfsangeboten – insbesondere zu Einrichtungen wie dem Verein Wiener Frauenhäuser, der AÖF – Autonome Österreichische Frauenhäuser, dem Gewaltschutzzentrum Wien, Frauen* beraten Frauen* sowie der Frauenhelpline gegen Gewalt – niederschwellig und mehrsprachig bereitgestellt werden. Der digitale Inhalt kann hier in weiterer Folge ergänzt oder ersetzt werden.

Begründung:

Häusliche Gewalt und Gewalt an Frauen stellen weiterhin ein erhebliches gesellschaftliches Problem dar. Viele Betroffene wissen in akuten Situationen nicht, an wen sie sich wenden können oder welche Unterstützungsangebote verfügbar sind. Öffentliche Plätze mit hoher Frequenz bieten die Möglichkeit, niederschwellig auf bestehende Hilfsangebote aufmerksam zu machen und wichtige Informationen sichtbar bereitzustellen.

Die Favoritenstraße (Höhe Quellenstraße) ist als zentraler Aufenthalts- und Verkehrsknotenpunkt im Bezirk besonders geeignet, um Informationen zu Frauenhäusern, Gewaltschutzeinrichtungen, Notrufnummern und Beratungsangeboten sichtbar zu machen. Durch die digitale Ausgestaltung könnten Inhalte regelmäßig aktualisiert sowie mehrsprachig dargestellt werden, um möglichst viele Menschen zu erreichen.

Eine solche Maßnahme würde das Bewusstsein für Gewaltprävention stärken und Betroffenen einen rascheren Zugang zu Hilfe ermöglichen. Gerade auf Bezirksebene können sichtbare und leicht zugängliche Informationsangebote einen wichtigen Beitrag zur öffentlichen Sicherheit und zum sozialen Zusammenhalt leisten.

Um Zuweisung wird gebeten.

Philip Weinberger

Lukas Döpel

Wien, am 10. Juni 2026